Kwod Ha'Rabbanim,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Breuer,
sehr geehrte Frau Landrätin Reinhold, Stellvertretung …
Kollegen der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren aus Politik und Verwaltung,
verehrte Gäste,

Am 9. November 1938, also heute vor 88 Jahren wurde genau an dieser Stelle die Neusser Synagoge niedergebrannt. Vor 88 Jahren begann der Auftakt zu Rassenwahn, zur Entwürdigung, zur Folterung und zum systematischen Morden und Töten, an dessen Ende die Vernichtung von 6 Millionen Juden stand. 6 Millionen Männer, Frauen und Kinder jüdischen Glaubens.

Schon deutlich vor diesem Datum wurden Neusser daran gehindert, in jüdische Geschäfte zu gehen beispielsweise in das Kaufhaus Arlsberg oder die Konfektionsgeschäfte von Isaak Gottschalk und Sally Levy.

In Vorbereitung zu dieser Rede sind mir hierzu spontan aus den letzten 12 Monaten Aussagen und Plakate an Restaurants in Deutschland eingefallen, die es Israelis oder Juden verbieten einzutreten. Oder erst letzte Woche in Schweden in Stockholm „Proud to be ✡ free“ (Schuhladen -judenfreie Zone).

Jüdische Familien mussten später ihre Wohnungen verlassen und in sogenannte Judenhäuser auf der Büttgerstraße 18, Kanalstraße 65 oder Büchel 31 ziehen. Der Immobilienbesitz ging direkt und ausnahmslos in den Besitz des Deutschen Reiches.

Die in Kraft getretenen Nürnberger Rassegesetze taten das Übrige zur Entwürdigung der Gemeindemitglieder der Jüdischen Gemeinde Neuss, die den Ereignissen vollkommen hilflos gegenüberstanden.

All dies geschah in der Regel ohne erkennbares Entgegentreten, ohne Aufschrei der übrigen Neusser Stadtgesellschaft.

Schrecklicher Höhepunkt war der 9. November 1938 als der Düsseldorfer Gauleiter der NSDAP in Neuss telefonisch die Anweisung für die Durchführung der „Judenaktion“ gab. Gegen Mitternacht drang die SA in die Synagoge hier an der Promenadenstraße ein und verwüstete die Innenräume. Der Führer der Neusser NS-Ärzteschaft organisierte die Benzinkanister und wenig später ging die Synagoge in Flammen auf. Gemeindemitglieder wurden aus ihren Häusern gezerrt, durch die Straßen gehetzt, blutig misshandelt und verhöhnt.
Der pflegebedürftige Aron Heumann wurde aus seiner neben der Synagoge gelegenen Wohnung geholt und musste unter den Fußtritten und dem Gejohle der teilweise betrunkenen SA-Männer den Gehsteig vor der schwelenden Ruine säubern.

Was dann folgte war ein geplantes Ausgrenzen und Vernichten jüdischen Lebens bis hin zur Deportation.

Es begann damit, dass der Neuss-Grevenbroicher-Anzeiger erklärte, dass es selbstverständlich sein muss, die Versammlungsstätten des Judentums, denn dort wird überlegt wie das deutsche Volk ausgebeutet und unterdrückt werden kann, zu vernichten und verbrennen.

Am 10.11. gab es einige wenige Meter von hier auf dem Marktplatz eine spontane Kundgebung, dass sich jeder anständige Deutsche im Kampf gegen das Judentum engagieren möge.

Ab dem 12.11. war es Jüdinnen und Juden verboten an kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen.

Ab dem 14.11. war es jüdischen Menschen verboten Schulen und Hochschulen zu besuchen.

Ab dem 28.11. durften Behörden räumliche und zeitliche Beschränkungen auferlegen, das bedeutet bestimme Bezirke durften nicht mehr betreten werden.

Ab dem 03.12. ist das Führen von Personenkraftwagen und Krafträdern verboten.

Kurze Zeit später durften Bibliotheken und Sportplätze nicht mehr aufgesucht werden.

Und seit dem 01.01.1939 mussten sie den Vornamen Israel oder Sara führen.

In den Folgewochen und Monaten folgte für diejenigen Neusser Juden, die nicht fliehen konnten, die Deportation ab dem Derendorfer Schlachthof in drei großen Wellen in die Lager Lodz, Riga, Theresienstadt und schließlich Auschwitz.

Dies bedeutet, vor 88 Jahren begann auch in Neuss der unbeschreibliche Leidensweg für Millionen jüdischer Frauen, Männer und Kinder, der für die meisten von Ihnen in Ermordung und industrialisiertem Töten endete. Wenn wir uns heute daran erinnern, können wir dies nur, indem wir auch zeitgleich die Verantwortung für die heutige Zeit übernehmen.

Wenn Sie mich fragen würden, wie es um jüdisches Leben in Deutschland, in NRW steht, würde ich Ihnen antworten, die Gefahr für jüdisches Leben ist so hoch und so groß wie nie. Ich höre oft „nie wieder ist jetzt“- aber was machen wir im Jetzt?

Nahezu täglich gehen hier bei uns E-Mails und Postkarten ein, nahezu täglich werden wir antisemitisch beschimpft oder aufgefordert, die Stadt und das Land zu verlassen.

Ich darf zitieren: „Ihr Dreckszionisten habt hier nichts verloren, geht zu Eurem Netanjahu nach Israel. Erst wenn ihr weg seid, geht es uns gut.“ Zitatende.

Oder deutlich radikaler und ohne Klarnamen: „Juden gehören ins Gas.“

Ich werde oft gefragt, ob Jüdinnen und Juden erkennbar mit jüdischen Symbolen in den öffentlichen Raum gehen sollen. Hier kann ich nur dringend davon abraten. Diese Empfehlung hat übrigens auch der Zentralrat der Juden für ganz Deutschland herausgegeben.

Dies bedeutet im Umkehrschluss, es wird empfohlen, sich **nicht** als Jüdin oder Jude zu erkennen zu geben.

Trauriger Höhepunkt, der auch meinen persönlichen Safe-Space wieder reduzierte, war der tätliche Angriff auf einem Juden, Gemeindemitglied der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf/Neuss, am Rheinufer ca. 8 km von hier, der deshalb angegriffen wurde, weil er eine Kippa trug.

Er wurde angegriffen, weil er erkennbar ein Jude ist.

Wahlergebnisse in Bundesländern wie z.B. Sachsen-Anhalt oder Berlin führen dazu, dass Jüdinnen und Juden verunsichert werden, dass sie sich fragen, kann ich hier noch leben oder wie lange kann ich hier noch leben.

Der Landesverband der AfD in Sachsen-Anhalt wird als gesichert rechtsextrem eingestuft, die Linke in Berlin hat ein massives Antisemitismusproblem, Mitglieder der Linken in Berlin unterhalten Kontakte zu Terrororganisationen wie der PFLP.

Das Thema Antisemitismus ist Gegenstand von Sondierungsgesprächen in Berlin. Das Existenzrecht Israels ebenfalls. Alleine das ist schon absurd. 120 Linken-Politiker unterzeichneten nach den Gesprächen eine Erklärung, in der es u.a. heißt: „Die darin enthaltenen Formulierungen übernehmen Narrative einer medialen Hetzkampagne, die seit Wochen gegen Die Linke geführt wird“.

Der israelische Staatspräsident Rivin sagte im Deutschen Bundestag: „Deutschland habe eine besondere Verantwortung. Dasselbe Land, das durch den Nationalsozialismus zum Schrecken der Welt geworden sei, sei heute ein ‚Leuchtturm' für den Schutz liberaler Werte. Wenn Juden in Deutschland heute nicht frei leben könnten, könnten sie es auch nicht woanders auf der Welt".

Das war vor sechs Jahren!!

Meine Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler, ich persönlich als Mitglied der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf kann Ihnen sagen, wir können **nicht** frei leben. Der Antisemitismus ist die Bedrohung für jüdisches Leben und aktuell auf einem Höchststand. Wir können keine Veranstaltung ohne Polizeischutz und ohne Sicherheitsmaßnahmen durchführen.

Und ich darf Ihnen auch sagen, dass es mir persönlich egal ist, ob der Antisemitismus von rechts, von links oder aus dem islamistischen Lager kommt. Tatsache ist, er ist da und bedroht uns - bedroht jüdisches Leben.

„Nie wieder ist jetzt" reicht nicht aus. Das Pflegen einer Erinnerungskultur reicht nicht aus.

Es geht um den Schutz jüdischen Lebens heute – hier – jetzt.

Der von mir schon oft zitierte Satz, den man liest, wenn man Yad Vashem betritt: „Das Gedenken an die Vergangenheit ist die Gestaltung der Zukunft" wird leider nicht umgesetzt.

Es ist gut, richtig und wichtig, dass wir heute hier stehen. Es ist aber auch genauso richtig, dass wir morgen, übermorgen und an jedem anderen Tag gegen Antisemitismus, gegen Ausgrenzung aufstehen. Der Kampf gegen jüdisches Leben und die Bedrohung des jüdischen Lebens ist auch eine Bedrohung gegen unsere demokratischen Werte, gegen unser respektvolles und vielfältiges Miteinander und gegen unsere Stadtgesellschaft.

Ich habe aktuell keine Idee, wie wir die Entwicklung des Judenhasses eindämmen können.

Ich bin ratlos und manchmal auch verunsichert.

Ich weiß nur, dass, wenn wir es schaffen wollen, wir es nur gemeinsam schaffen.